_

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 12
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 20.04.1999

2. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 27.02.2002

3. Instanz

Datum 25.03.2004

Die Revision des Klägers gegen das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen vom 27. Februar 2002 wird zurückgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

Gründe:

I

Der Kläger begehrt die Feststellung der Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung während einer abhängigen Beschäftigung, die er nach Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ausgeübt hat, und die Erstattung der von ihm fþr diese Zeit getragenen Rentenversicherungsbeiträge.

Der am 1. April 1945 geborene Kläger war vom 1. Januar 1992 bis zum 31. Juli 1994 Geschäftsführer bei der AOK D â∏¦ Nach dem Dienstvertrag vom 19. Dezember 1991 war er auf Lebenszeit angestellt und zuletzt in die Besoldungsgruppe A 15 des Bundesbesoldungsgesetzes eingestuft. Die Dienstordnung (DO) der AOK war Bestandteil des Vertrags. Zum 1. Januar 1994 wurden die einzelnen Regionalkassen zur AOK Schleswig-Holstein vereinigt. Der

Kläger wurde daraufhin antragsgemäÃ□ zum 1. August 1994 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Er erhält seitdem Versorgungsbezüge in Höhe von 75 vH der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge.

Vom 1. August 1994 bis zum 30. Juni 1996 war der Kläger bei der S. â∏ GmbH in B. abhängig beschäftigt und dort gegen ein Monats-Bruttogehalt von 3.500 DM schwerpunktmäÃ∏ig mit den Aufgaben Akquisition, Produktentwicklung und Produktpflege betraut. Hierfür wurden an die Beklagte Beiträge zur Beigeladenen zu 1) und 2) gezahlt. Vom 1. Juli 1996 bis 30. April 1997 bezog der Kläger Arbeitslosengeld. Den im November 1996 gestellten Antrag des Klägers, fÃ⅓r sein Beschäftigungsverhältnis bei der S. GmbH Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung festzustellen und ihm seine Beitragsanteile zur Rentenversicherung zu erstatten, lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 7. April 1997 ab. Widerspruch und Klage blieben jeweils erfolglos (Widerspruchsbescheid der Beklagten vom 30. September 1997, Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Stade (SG) vom 20. April 1999).

Mit Urteil vom 27. Februar 2002 hat das Landessozialgericht (LSG) die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des SG vom 20. April 1999 zurä½ckgewiesen und zur Begrä¼ndung im Wesentlichen ausgefä¼hrt: Der Kläger gehä¶re nicht zum Personenkreis der nach â§ 5 Abs 4 Nr 2 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch â∏Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) Versicherungsfreien und habe daher auch keinen Anspruch auf Erstattung seiner Rentenversicherungsbeiträge. Er beziehe zwar eine Versorgung, doch handele es sich dabei weder um eine Altersversorgung noch werde diese nach Erreichen einer Altersgrenze gewährt. Auf die Hä¶he komme es fä¼r die Versicherungsfreiheit nicht an.

Der Klå¤ger verfolgt sein Begehren mit der vorliegenden Revision weiter. Seiner Auffassung nach darf nicht ausschlieà lich auf das Tatbestandsmerkmal der Altersgrenze in <u>§ 5 Abs 4 Nr 2 SGB VI</u> abgestellt werden. Vielmehr stehe der Rechtsgedanke des Gesetzgebers im Vordergrund, eine Doppelversorgung zu vermeiden und durch den Ausschluss bereits des Erwerbs von Rentenanwartschaften eine weitere Systembereinigung herbeizufà hren. Diesem Anliegen werde auch dann Rechnung getragen, wenn man fà hr die Annahme von Versicherungsfreiheit in zumindest entsprechender Anwendung der Vorschrift genà dass der Klã¤ger faktisch auf Dauer Versorgungsbezà un voller Hà he von 75 vH beziehe.

Der KlĤger beantragt,

- 1. das Urteil des LSG Niedersachsen vom 27. Februar 2002, den Gerichtsbescheid des SG Stade vom 20. April 1999 und den Bescheid der Beklagten vom 7. April 1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 30. September 1997 aufzuheben,
- 2. festzustellen, dass der KlĤger wĤhrend seiner BeschĤftigung vom 1. August 1994 bis 30. Juni 1996 versicherungsfrei war, und
- 3. die Beklagte zu verurteilen, ihm die Arbeitnehmeranteile zur Rentenversicherung zu erstatten.

Die Beklagte beantragt, die Revision zurĽckzuweisen.

Sie stützt sich in vollem Umfang auf die Begründung des angefochtenen Urteils.

Die Beigeladene zu 1) beantragt ebenfalls, die Revision zurĽckzuweisen.

Nach der Rechtsprechung des erkennenden Senats und in Ã□bereinstimmung mit der Auffassung der Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger komme fù¼r Fälle der vorliegenden Art weder eine unmittelbare noch eine entsprechende Anwendung von § 5 Abs 4 Nr 2 SGB VI in Betracht. Die Rechtsentwicklung und die Entstehungsgeschichte der genannten Vorschrift sprächen vielmehr dafù¼r, allein Ruhegehaltsempfänger als erfasst anzusehen, die wegen des Erreichens einer Altersgrenze in den Ruhestand getreten seien. Entgegen der Auffassung des KIägers könne es dagegen auf die Höhe der Versorgung gerade nicht ankommen.

Die Beigeladene zu 2) h \tilde{A} xlt das angefochtene Urteil f \tilde{A} 1/4r zutreffend. Sie stellt keinen eigenen Antrag.

Der frýhere Arbeitgeber des Klägers existiert nicht mehr. Ein Rechts- oder Vermögensnachfolger ist, soweit erkennbar, nicht vorhanden.

Ш

Die zulĤssige Revision des KlĤgers erweist sich als sachlich in vollem Umfang unbegrļndet. Zutreffend sind die Beklagte und die Vorinstanzen zu dem Ergebnis gelangt, dass der KlĤger in seiner BeschĤftigung bei der S. GmbH in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versicherungsfrei war und daher auch die Erstattung seiner RentenversicherungsbeitrĤge nicht beanspruchen kann.

Der Klå¤ger war in seiner Beschå¤ftigung vom 1. August 1994 bis zum 30. Juni 1996 nach <u>§ 1 Satz 1 Nr 1 SGB VI</u> versicherungspflichtig. Er war nicht nach <u>§ 5 Abs 4 Nr 2 SGB VI</u> versicherungsfrei. Nach den hier allein in Betracht kommenden Teilen dieser Regelung sind versicherungsfrei nur Personen, die nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen eine Versorgung nach Erreichen einer Altersgrenze beziehen. Der Kläger erfüIlt weder die notwendige Voraussetzung des Erreichens einer Altersgrenze noch kann hiervon entgegen seiner Auffassung nach Sinn und Zweck der Vorschrift abgesehen werden noch kommt ihre entsprechende Anwendung in Betracht. Der Senat häIt in vollem Umfang an seiner Entscheidung vom 17. Juni 1999 (<u>BSGE 84, 115</u> = <u>SozR 3-2600 § 5 Nr 6</u>) fest, die auch auf den vorliegenden Sachverhalt zutrifft. Damit fehlt es gleichzeitig an den Voraussetzungen der Beitragserstattung nach <u>§ 26 Abs 2</u> des Vierten Buches Sozialgesetzbuch â∏ Gemeinsame Vorschriften fþr die Sozialversicherung (SGB IV).

Die DO der AOK Schleswig-Holstein enthÄxlt in ihrem Abschnitt V Regelungen zur

Rechtsstellung von Angestellten bei Vereinigung von Krankenkassen (§ 37) bzw zur Rechtsstellung des gewĤhlten GeschĤftsfļhrers und des stellvertretenden Geschäftsführers (§ 38). Nach § 38 Abs 2 DO kann derjenige, der bis zur Vereinigung GeschĤftsfļhrer einer der durch die Vereinigung geschlossenen Krankenkassen, des AOK-Landesverbandes oder des Verbandes AOK-Rechenzentrum war, innerhalb von zwĶlf Monaten nach der Vereinigung die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand beantragen, wenn ein anderer zum GeschĤftsfļhrer der neuen Krankenkasse gewĤhlt ist (Satz 1). Dem Antrag ist innerhalb von sechs Monaten nach Eingang des Antrags zu entsprechen (Satz 2). Wie das Berufungsgericht zutreffend ausgefA¼hrt hat, ist A§ 38 DO eine Sonderregelung (lex specialis) gegenüber § 37 DO. Der für den Kläger einschlägige å§ 38 Abs 2 DO macht die Versetzung in den vorlägufigen Ruhestand weder ausdrýcklich noch mittelbar vom Erreichen einer Altersgrenze abhängig. Eine solche hatte der KlĤger damals auch nicht erreicht. Er war bei Beendigung seiner BeschÄxftigung 49 Jahre alt und hatte damit weder das 65. Lebensjahr (§ 25 Abs 1 Satz 2 Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG)) noch eine nach § 25 Abs 1 Satz 3 BRRG fýr eine vergleichbare Beamtengruppe spezialgesetzlich festgelegte abweichende Altersgrenze erreicht. Die Voraussetzungen von § 5 Abs 4 Nr 2 SGB VI, der als Grundlage für die begehrte Feststellung von Versicherungsfreiheit allein in Betracht kommt, sind schon deshalb nicht erfA¼llt. Wie beide Vorinstanzen zutreffend erkannt haben unterscheidet sich der zur Entscheidung stehende Sachverhalt hierin von demjenigen, der dem Urteil des Senats vom 22. Februar 1996 (BSGE 78, 27 = SozR 3-2600 \hat{A} § 5 Nr 5 S 5) zu Grunde lag. Aufgabe der damals in Frage stehenden Regelungen des PersonalstÄxrkegesetzes war es gerade, die Bestimmungen des Soldatengesetzes über die Versetzung in den Ruhestand bei Erreichen bestimmter Altersgrenzen zu modifizieren.

Weder Sinn und Zweck des § 5 Abs 4 Nr 2 SGB VI noch Gesetzessystematik oder Entstehungsgeschichte der Norm geben Anlass, von ihrem am Wortlaut orientierten VerstĤndnis abzuweichen. Alle TatbestĤnde des § 5 SGB VI umschreiben Sachverhalte, bei denen trotz Vorliegens von Versicherungspflicht ausnahmsweise von einer Einbeziehung in das Sicherungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung abgesehen wird (vgl exemplarisch Gù¼rtner in Kasseler Kommentar, Stand: September 2003, § 5 SGB VI RdNr 3). Damit verbietet es sich jedenfalls hier, den Versicherungsfreiheits-Tatbestand erweiternd auszulegen oder entsprechend anzuwenden. Die Rechtsmacht, von der ausdrù¼cklichen Voraussetzung des Versorgungsbezugs nach Erreichen einer Altersgrenze in § 5 Abs 4 Nr 2 SGB VI abzusehen, ist weder der Beklagten noch der Rechtsprechung verliehen. Vielmehr sind beide jeweils rechts- und gesetzesgebunden (Art 20 Abs 3 Grundgesetz (GG)) und damit zur Eröffnung von Ausnahmen nicht berufen.

Damit ist es entgegen der Auffassung des Klägers und unabhängig von der individuellen Wahrscheinlichkeit seiner Reaktivierung zunächst ausgeschlossen, dass auch der besondere Status der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand (vgl §Â§ 31 f BRRG) fýr den Eintritt von Versicherungsfreiheit nach § 5 Abs 2 Nr 4 SGB VI genþgen könnte. Der Wegfall des bisher innegehabten Dienstpostens als Geschäftsführer, die Wahl eines anderen als des Antragstellers zum Geschäftsführer der neuen Kasse und die allein von der Willensentscheidung des

bisherigen Stelleninhabers abhängige Ruhestandsversetzung stehen als notwendige Gesamtheit von Umständen dem Erreichen einer Altersgrenze weder tatsächlich noch beamten- oder rentenrechtlich gleich.

Ebenso wenig kann es darauf ankommen, ob die Versorgung einen bestimmten Prozentsatz der bisherigen Bezüge erreicht. An diese Ausgestaltung der Vorgängerregelungen in § 6 Abs 1 Nr 7 des Angestelltenversicherungsgesetzes (AVG) und § 1229 Abs 1 Nr 6 der Reichsversicherungsordnung (RVO), die den Eintritt der Versicherungsfreiheit kraft Gesetzes durch das Abstellen auf eine prozentuale Mindestversorgung noch allein von deren HĶhe abhĤngig gemacht hatten, knüpft das geltende Recht des SGB VI nicht mehr an. Vielmehr verfolgt es die ihm zu Grunde liegende Intention einer rentenrechtlichen Gleichbehandlung nur insofern und gerade dadurch, dass Versorgungsbezieher den bei Bezug einer Vollrente wegen Alters versicherungsfreien RentenempfÄxngern (<u>ŧ 5 Abs 1 Satz 1</u> Nr 1 SGB VI) nur dann gleichgestellt werden, wenn auch ihre Bezüge nach Erreichen einer Altersgrenze gewĤhrt werden. Nur in diesen Grenzen kommt es folglich auch auf den Gesichtspunkt der "Doppelversorgung" an. WĤren dagegen Versorgungsbezieher auch unter weiteren â∏ nach dem MaÃ∏stab des Gesetzes nicht vergleichbaren â∏ Voraussetzungen versicherungsfrei, würde damit der Gesetzeszweck der Gleichbehandlung überschritten, ohne dass für die entstehende Ungleichbehandlung ein vor Art 3 Abs 1 GG rechtfertigender Grund benannt werden kA¶nnte. Damit verbietet sich ein VerstAxndnis der Norm, das im Wege der "Auslegung" zum früheren Rechtszustand zurückkehrt (vgl hierzu insgesamt bereits BSGE 84, 115, 118 = $\frac{\text{SozR } 3-2600 \text{ Å} \text{ § 5 Nr } 6}{\text{ Soz } 16}$. Auch ist von Art 3 Abs 1 GG nicht etwa eine schematische Gleichbehandlung aller VersorgungsempfĤnger unter einander (unabhängig vom auslösenden Tatbestand) geboten. Vielmehr durfte der Gesetzgeber typisierend davon ausgehen, dass nur diejenigen von ihnen anderweitig hinreichend gesichert sind und deshalb trotz Verrichtung einer versicherungspflichtigen BeschĤftigung eines zusĤtzlichen Schutzes durch die gesetzliche Rentenversicherung nicht mehr bedļrfen, die bereits eine gesetzlich festgelegte Altersgrenze des Beamtenrechts erreicht haben. Der Gesetzgeber war deshalb nicht gehalten zu berļcksichtigen, dass die erworbenen Rentenanwartschaften im Fall des KlĤgers auf Grund von Anrechnungsregelungen des Beamtenrechts künftig möglicherweise nicht zu einem effektiven Anwachsen der Altersversorgung fýhren werden (vgl BSGE 84, 115, 119 $f = SozR 3-2600 \hat{A} S 5 Nr 6 S 17 f$).

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>ŧ 193</u> Sozialgerichtsgesetz.

Erstellt am: 03.05.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024